

weitergereicht an: am:	<b>Beschluss-Nr.: 2011/101</b>
Gremium: <b>Kreisausschuss</b>  Sitzung: <b>17. Sitzung des Kreisausschusses</b>	Aktenzeichen:  Vorlage-Nr.: 2011/101/3  Datum: 14.09.2011
<b>aufgehoben/geändert am:</b>	<b>durch Beschl.-Nr.:</b>

### Beschlussgegenstand

Versorgungsvertrag mit der Diakonie Leipziger Land - Übertragung der kommunalen Kontakt- und Beratungsstelle (KOB) Grimma

### Beschlusstext

Der Kreisausschuss beschließt

den als Anlage beigefügten "Versorgungsvertrag mit der Diakonie Leipziger Land - Übertragung der kommunalen Kontakt- und Beratungsstelle (KOB) Grimma".

gez.

**Dr. Gerhard Gey**

**Landrat**

- Siegel -

Die Darstellung erfolgt ohne dem Versorgungsvertrag.

### **Haushaltsmäßige Veranschlagung**

im Verwaltungshaushalt 2011 HHST 1.50000.71600.00-000

im Vermögenshaushalt 2011 HHST

Über-/Außerplanmäßige Ausgabe ( )

## **Versorgungsvertrag**

### **für die Bereitstellung und Durchführung von Hilfen im Bereich der ambulant-komplementären Versorgung von psychisch Kranken und Suchtkranken**

zwischen

**dem Landkreis Leipzig**

Stauffenbergstraße 4, 04552 Borna,  
vertreten durch den Landrat, Herrn Dr. Gerhard Gey,

- Landkreis -

und

**der Diakonie Leipziger Land**

**Diakonisches Werk im Kirchenbezirk Leipziger Land e. V.**

Bockenberg 3, 04668 Grimma  
vertreten durch den Geschäftsführer, Dipl.-Ing. Harald Bieling,

- Träger -

### **Präambel**

(1)

Psychisch kranke und psychisch behinderte, von psychischer Krankheit oder Behinderung bedrohte Menschen sowie Suchtkranke und von Suchtkrankheit bedrohte Menschen (Betroffene) sind in besonderer Weise auf öffentliche Hilfen angewiesen. Auf der Grundlage bundesrechtlicher\*<sup>1</sup> und landesrechtlicher\*<sup>2</sup> Bestimmungen obliegt dem Landkreis die Planung, der Aufbau, die Durchführung und die Koordination von Hilfen für die Betroffenen im ambulant-komplementären Bereich. Der Landkreis kann diese Versorgungsverpflichtung ganz oder teilweise an Träger der freien Wohlfahrtspflege oder an gemeinnützige Institutionen übertragen\*<sup>3</sup>.

(2)

Der Landkreis und der Träger schließen diesen Vertrag ab, um für die Betroffenen bedürfnis- und bedarfsgerechte sowie modernen fachlichen Standards entsprechende Versorgungsbedingungen herzustellen und abzusichern. Kernpunkt der Vereinbarung ist die Sicherstellung der gemeindenahen Versorgung und Betreuung der Betroffenen im gemeindepsychiatrischen Verbund.

(3)

Die Vertragspartner erkennen als fachliche Grundlagen der Hilfen im Sinne dieses Vertrages die zum Aufbau und zur Verbesserung der psychiatrischen Versorgung gefassten gesundheits- und sozialpolitischen Beschlüsse der Sächsischen Staatsregierung, insbesondere die diesbezüglichen Ausführungen in dem Sächsischen Landespsychiatrieplan, die zum Sächsischen Gesetz über die Hilfen und die Unterbringung bei psychischen Krankheiten (SächsPsychKG) vom 16. Juni 1994 (SächsGVBl S.1097) ergangenen Ausführungsbestimmungen sowie die Festlegungen des regionalen Psychiatrieplans des Landkreises an. Als fachliche Orientierung dienen ferner die „Empfehlungen der Expertenkommission der Bundesregierung zur Reform der psychiatrischen Versorgung im psychiatrischen und psychotherapeutisch/psychosomatischen Bereich“ vom 11.11.1988.

### **§ 1**

#### **Zweck des Vertrages**

(1)

Dieser Vertrag regelt die Übertragung von Teilen der kommunalen Versorgungsverpflichtung für alle Betroffenen des Versorgungsgebietes im Sinne des § 4 auf den Träger\*<sup>4</sup>. Ziel des Vertrages ist der Aufbau vertraglich und fachlich vernetzter Versorgungsangebote in einem gemeindepsychiatrischen Verbund.

\*<sup>1</sup> vgl. § 17 Abs. 1 i.V.m. § 28 Abs. 2 SGB I

\*<sup>2</sup> vgl. §§ 5 bis 8 SächsPsychKG und § 4 Abs. 1 i.V.m. § 11 Abs. 1 Nr. 6 SächsGDG

\*<sup>3</sup> vgl. § 5 Abs. 5 SGB XII, § 6 Abs. 1 SächsPsychKG

\*<sup>4</sup> Diese Übertragung ist als eine Beteiligung des Trägers als Drittem i.S. des § 6 Abs. 1 SächsPsychKG i.V.m. § 5 Abs. 5 SGB XII, § 17 Abs. 3 SGB I und § 97 Abs. 1 SGB X zu verstehen.

(2)

Für die Betroffenen erwachsen aus diesem Vertrag keine Verpflichtungen.

## **§ 2**

### **Übernahme der Versorgungsverpflichtung**

Der Träger verpflichtet sich, die ihm übertragenen Versorgungsleistungen für die von ihm zu betreuenden Betroffenen wirtschaftlich, bedarfsgerecht und entsprechend moderner fachlicher Standards zu erbringen und an der stetig erforderlichen Weiterentwicklung der Versorgungsangebote im gemeindepsychiatrischen Verbund aktiv mitzuwirken.

## **§ 3**

### **Umfang der Versorgungsverpflichtung**

(1)

Die übertragene Versorgungsverpflichtung umfasst die Sicherstellung vorsorgender, begleitender und nachsorgender Hilfen gemäß § 5 SächsPsychKG. Bei Beachtung des Ziels der effektiven Vernetzung aller Angebote zum gemeindepsychiatrischen Verbund überträgt der Landkreis die Aufgaben des Betriebes der Psychosozialen Kontakt- und Beratungsstelle in 04668 Grimma, Karl-Marx-Straße 17 gemäß § 6 Abs. 1 SächsPsychKG an den Träger.

Der Psychosozialen Kontakt- und Beratungsstelle obliegt die Bereitstellung folgender Angebote:

- niederschwellige Angebote, um Kontaktaufnahme von Klienten zu erleichtern,
- tagesstrukturierende Maßnahmen (gemeinsame Mahlzeit, Körperhygiene, Beschäftigungsangebote),
- sozialtherapeutische Begleitung,
- Beratung und Betreuung von ehrenamtlichen Helfern und Selbsthilfegruppen,
- Angehörigenberatung,
- präventive Angebote.

(2)

Der Träger wirkt an der Gewährleistung der bedarfsgerechten medizinischen und beruflichen Rehabilitation und/oder der beruflichen (Re-)Integration mit und stellt sicher, dass die Leistungen und Hilfen

- der gesetzlichen Krankenversicherung (SGB V),
- der sozialen Pflegeversicherung (SGB XI),
- der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II),
- der Arbeitsförderung (SGB III),
- der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung (SGB VI; SGB VII),
- des sozialen Entschädigungsrechts (z. B. BVG, SVG, ZDG, OEG, IfSG, StrRehaG, VwRehaG und BerRehaG),
- zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (SGB IX),
- des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII),
- des Wohngeldgesetzes (WOGG) sowie
- der Sozialhilfe (SGB XII)

und sonstiger Leistungsgesetze wie auch Angebote weiterer Leistungsträger durch Zusammenarbeit mit den zuständigen Leistungs- und Angebotsträgern bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können.

(3)

Der Träger ist verpflichtet, keinen Betroffenen aus dem ihm nach § 4 übertragenen Versorgungsgebiet von der Versorgung auszuschließen, insbesondere nicht wegen der Art oder Schwere der Behinderung oder Erkrankung des Betroffenen. Dies gilt auch für Betroffene, für die auf zivilrechtlicher Grundlage eine mit Freiheitsentziehung verbundene Unterbringung oder freiheitsentziehende Maßnahme mit betreuungsgerichtlicher Genehmigung nach § 1906 BGB vom Betreuer angeordnet wurde. Gleiches gilt für Betroffene, die nach Entlassung aus dem Maßregelvollzug eines Hilfeangebotes der ambulant-komplementären psychiatrischen Versorgung bedürfen. Falls der Träger feststellt, dass die Absicherung der Versorgungsverpflichtung im vereinbarten Umfang gefährdet ist, hat er unverzüglich den Landkreis darüber zu informieren. Die beiden Vertragsparteien werden sodann gemeinsam an einer Problemlösung arbeiten.

(4)

Der Träger ist Mitglied in der zuständigen psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) im Sinne von § 7 SächsPsychKG und erkennt deren Grundlagen an. Träger und Landkreis verpflichten sich, in Abstimmung mit dem Kommunalen Sozialverband Sachsen (KSV) und im Rahmen einer abgestimmten Bedarfsplanung innerhalb der PSAG auf bedarfsgerechte Versorgungskapazitäten hinzuwirken.

(5)

Der Träger sichert während der Vertragsdauer die jederzeitige Vorhaltung von maximal eines Sozialarbeiters/ Sozialtherapeuten und eines Ergotherapeuten in der Psychosozialen Kontakt- und Beratungsstelle ab. Im Falle des Ausscheidens dieser Personen aus dem Arbeitsverhältnis mit dem Träger, ihres anderweitigen Einsatzes oder krankheits- oder urlaubsbedingten Ausfalls sorgt er für Ersatz bzw. eine Vertretung. Der Träger informiert den Landkreis unverzüglich, wenn es zu einem personellen Wechsel kommt. Als erstattungsfähige Personalkosten im Sinne des § 8 des Vertrages werden die Bruttopersonalkosten einschließlich der Arbeitgeberanteile für 2,0 VK anerkannt.

(6)

Leistungen der psychiatrischen Krankenhausversorgung, die auf der Grundlage des fünften Sozialgesetzbuches (SGB V) erbracht werden und die Sicherstellung der in der Zuständigkeit der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen liegenden vertragsärztlichen Versorgung im Sinne von §§ 72 Abs. 2 und 72a SGB V, sind nicht Gegenstand dieses Vertrages.

#### **§ 4**

##### **Versorgungsgebiet**

Das Versorgungsgebiet umfasst den Landkreis Leipzig, vorrangig das Gebiet von Grimma und Umgebung. Es ist in der Karte unter Anlage 1 zu diesem Vertrag farblich dargestellt. Die Anlage ist Bestandteil dieses Vertrages.

#### **§ 5**

##### **Psychiatrieberaterstattung**

(1)

Der Träger dokumentiert seine Leistungen und erstattet jährlich einen Bericht an den Landkreis.

(2)

Der Träger ist verpflichtet, ein nach § 7 Abs. 2 SächsPsychKG erstelltes Dokumentationssystem zu übernehmen und in diesem Sinne an einer regionalen und überregionalen Psychiatrieberaterstattung bzw. einer Evaluation der einzelnen Versorgungsangebote mitzuwirken (BADO-K).

#### **§ 6**

##### **Weiterbildung und Supervision**

Der Träger verpflichtet sich, zum Aufbau regionaler Versorgungssysteme Konzepte zur Fortbildung und Supervision zu entwickeln und umzusetzen, regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen durchzuführen und/oder die Teilnahme seiner Mitarbeiter an entsprechenden Veranstaltungen anderer Anbieter zu veranlassen.

#### **§ 7**

##### **Fachaufsicht**

Die Fachaufsicht wird vom zuständigen Amtsarzt wahrgenommen. Sie kann vom Amtsarzt auf einen anderen geeigneten Mitarbeiter des Gesundheitsamtes des Landkreises übertragen werden. Die Kontrolle der Durchführung der Maßnahmen zur Qualitätssicherung obliegt dem Gesundheitsamt des Landkreises.

#### **§ 8**

##### **Finanzierung**

(1)

Die finanzielle Sicherstellung der Versorgungsverpflichtungen des Trägers erfolgt unter Einbeziehung Dritter durch den Landkreis unter Nutzung der durch den Freistaat Sachsen bereitgestellten Fördermittel auf der Grundlage der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz zur Förderung sozialpsychiatrischer Hilfen, der Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe (Richtlinie Psychiatrie und Suchthilfe - RL - PsySu) vom 08. Juni 2006 (SächsABl. Jg. 2006 Bl.-Nr. 26 S. 594) in der jeweils aktuellen Fassung. Vorrangige Leistungsansprüche gegenüber Dritten sind zu beachten. Sie ergeben sich aus der Prüfung des Umfangs der Versorgungsverpflichtung nach § 3. Soweit vorrangige Leistungsansprüche bestehen, hat der Träger mit dem jeweiligen Kostenträger Vereinbarungen abzuschließen. Die Vertragspartner wirken dabei auf eine Regelung der sich aus der Besonderheit des Einzelfalles ergebenden Mischfinanzierung hin.

(2)

In diesem Zusammenhang beteiligt sich der Träger an der Finanzierung der Gesamtkosten (Personal-, Sach- und Betriebskosten) in Höhe von 3 v. H. mindestens jedoch in Höhe von 2.000 EUR jährlich. Alle im Rahmen der Betreuung der Betroffenen erwirtschafteten Mittel sind ausschließlich für diese Versorgungsverpflichtung einzusetzen.

(3)

Zur finanziellen Sicherstellung zahlt der Landkreis an den Träger einen jährlich neu zu verhandelnden Pauschalbetrag in vier gleichen Raten. Grundlage hierzu ist der gemäß § 8 Abs. 5 vorzulegende Kosten- und Finanzierungsplan. Über den jährlichen Betrag schließen die Vertragsparteien jeweils eine Zusatzvereinbarung zu diesem Vertrag ab.

(4)

Die Zahlung der Raten erfolgt bis zum 10. des jeweiligen zweiten Quartalsmonats auf das vom Träger bezeichnete Konto. Der Jahresbetrag reduziert sich für jeden Tag, an dem entgegen der Festlegung in § 3 Abs. 5 dieses Vertrages ein Mitarbeiter nicht zur Verfügung steht, um die spezifisch nachgewiesenen anteiligen Bruttopersonalkosten einschließlich Arbeitgeberanteile. Dieser gegebenenfalls vorzunehmende Abschlag wird mit der jeweils letzten Jahresrate verrechnet. Soweit dieses nicht möglich ist, hat der Träger den Differenzbetrag bis zum 31.12. des laufenden Kalenderjahres dem Landkreis zu erstatten.

(5)

Der Kosten- und Finanzierungsplan für das Folgejahr ist jeweils bis zum 30.06. des laufenden Jahres dem Leiter des Gesundheitsamtes vorzulegen. Personalveränderungen mit Auswirkung auf den Haushaltsplan des Landkreises bedürfen der Genehmigung durch den Landkreis. Der Landkreis bestätigt bis zum 31.10. den Kosten- und Finanzierungsplan für das Folgejahr.

(6)

Der Verwendungsnachweis für die durch den Landkreis bereitgestellten Mittel ist als zahlenmäßiger Verwendungsnachweis bis zum 31.03. des Folgejahres bei dem Leiter des Gesundheitsamtes vorzulegen. Bei nicht zweckentsprechender Verwendung der Landkreismittel ist der Landkreis berechtigt, Mittel zurückzufordern.

## **§ 9 Qualitätssicherung**

(1)

Der Landkreis und der Träger bestimmen im Rahmen ihrer Zusammenarbeit in der PSAG gemeinsam den Inhalt und das Verfahren für Maßnahmen zur Qualitätssicherung der in diesem Vertrag vereinbarten Leistungen.

(2)

Der Träger ist verpflichtet, an den Maßnahmen zur Qualitätssicherung teilzunehmen.

## **§ 10 Kooperationsverpflichtungen**

(1)

Landkreis und Träger sind zur fachlichen Zusammenarbeit mit dem zuständigen sozialpsychiatrischen Dienst, dem aufnahmeverpflichteten Krankenhaus und der zuständigen Suchtfachklinik, den im Sinne von § 72 Abs. 2 und § 72a SGB V im Rahmen der vertragsärztlichen Versorgung tätigen niedergelassenen Ärzten, insbesondere Psychiatern, sowie der regional zuständigen Werkstatt für Behinderte und den anderen im Bereich der ambulant-komplementären psychiatrischen Versorgung tätigen Trägern verpflichtet.

(2)

Landkreis und Träger verpflichten sich zur Zusammenarbeit mit den im Versorgungsgebiet nach § 4 tätigen Verbänden der Betroffenen und der Angehörigen.

## **§ 11 Vertragsdauer und Auflösung des Vertrages**

(1)

Der Vertrag wird zunächst für den Zeitraum vom 01.10.2011 bis zum 31.12.2012 geschlossen. Die Laufzeit verlängert sich um jeweils drei Jahre, sofern er nicht mit einer Frist von einem Jahr zum Ende der Laufzeit schriftlich unter Ausschluss der elektronischen Form (E-Mail) gemäß §§ 126a, 127 BGB gekündigt wird. Der Landkreis verfügt über keinen Zugang für elektronisch signierte sowie für verschlüsselte elektronische Dokumente.

(2)

Mit der Beendigung des Vertrages geht die Sicherstellungspflicht für die in diesem Vertrag vereinbarten Versorgungsleistungen wieder auf den Landkreis über.

(3)

Träger und Landkreis wirken bei der Sicherstellung der vereinbarten Versorgungsleistungen im Kündigungszeitraum zusammen. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet auf Antrag eines der Vertragspartner das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz.

**§ 12**  
**Außerordentliche Kündigung**

(1)  
Die Vereinbarung kann aus wichtigem Grund im Sinne von § 314 BGB, insbesondere bei schwer wiegenden Verstößen gegen die vorgenannten Vertragsbedingungen, jederzeit ohne Einhaltung der in § 11 genannten Frist gekündigt werden.

(2)  
Der Träger verpflichtet sich, im Falle der Kündigung nach Abs. 1 mit dem Landkreis bis zum Vertragsende kooperativ zusammenzuarbeiten und diesem zu ermöglichen, die Maßnahme selbst weiterzuführen oder auf einen anderen Träger zu übertragen.

**§ 13**  
**Zeitpunkt der Übertragung**

Die Versorgungsverpflichtung gilt mit Wirkung vom 01.10.2011 als auf den Träger übertragen.

**§ 14**  
**Schriftform**

(1)  
Änderungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform unter Ausschluss der elektronischen Form (E-Mail) gemäß §§ 126a, 127 BGB. Der Landkreis verfügt über keinen Zugang für elektronisch signierte sowie für verschlüsselte elektronische Dokumente. Dieses gilt auch für die Änderung dieser Schriftsatzvereinbarung.

(2)  
Die Vertragspartner haben keine mündlichen Nebenabreden getroffen.

**§ 15**  
**Salvatorische Klausel**

Falls einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein sollten oder dieser Vertrag Lücken enthält, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. An Stelle der unwirksamen Bestimmung gilt diejenige wirksame Bestimmung als vereinbart, welche dem Zweck und Sinn der unwirksamen Bestimmung entspricht. Im Falle von Lücken gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck des Vertrages vereinbart worden wäre, hätte man die Angelegenheit von vornherein bedacht.

**§ 16**  
**Gerichtsstand**

Gerichtsstand ist das für den Sitz des Landkreises örtlich zuständige Gericht.

Borna, den 16.09.2011

Grimma, den .....

gez.  
**Dr. Gerhard Gey**  
**Landrat**  
**Landkreis Leipzig**

**Dipl. -Ing. Harald Bieling**  
**Geschäftsführer**  
**Träger**

**Anlage: Karte**



BV2011102 - Anlage zum Vertrag Kreiskarte.pdf